



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

08/2015 – 03.07.2015

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

zum Ende der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der parlamentarischen Sommerpause haben wir uns unter anderem mit der Situation in Griechenland und den diesbezüglichen Verhandlungen in Brüssel beschäftigt.

Mehr hierzu und weitere Informationen wie zum seitens des Bundeskabinetts verabschiedeten Haushaltsentwurf für das kommende Jahr 2016 lasse ich Ihnen hiermit in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und einen erholsamen Sommer und freue mich auf zahlreiche Begegnungen im Wahlkreis, die sich in den kommenden Wochen sicher ergeben werden.

Herzliche Grüße aus Berlin

Ihr

www.peterwichtel.de



Ernsteste Lage in Europa



(© Manfred Nuding/pixelio.de)

Griechenland hat die Verhandlungen mit den Institutionen und damit auch mit der Eurogruppe abgebrochen und völlig überraschend ein Referendum angekündigt. Damit hat die griechische Regierung Europa und vor allem die eigene Bevölkerung in eine schwierige Situation gebracht. Stundenlang haben die Verantwortlichen in Brüssel darum

gerungen, für Griechenland eine Lösung zu finden, die mit den Regeln Europas vereinbar ist. Die griechische Regierung hat aber offensichtlich immer darauf gesetzt, Geld zu erhalten, ohne Verpflichtungen erfüllen zu müssen. Dass dies nicht gehen wird, musste der Regierung schon im Hinblick auf die Grundsätze des IWF klar sein. Es geht hier nicht um die Frage von Schuld. Es geht aber sehr wohl um die Frage der Verantwortung. Und da hat Griechenland die Verantwortung für die jetzt entstandene Lage zu tragen, weil die Regierung in Athen die Verhandlungen abgebrochen hat. Ein völlig unverständlicher Vorgang.

Jetzt muss das Referendum abgewartet werden. Und dann kann die griechische Regierung Anträge nach den geltenden Regeln in der EU stellen. Dies wären dann die Regeln des ESM. Aber auch hier gilt das Prinzip von Leistung und Gegenleistung. Die verhaltene Reaktion der Märkte zeigt, dass die Rettungsprogramme in Europa gewirkt haben. Europa kann diese Situation jetzt viel besser verkraften, weil wir viel erreicht haben. Noch vor den Rettungsprogrammen und den Stabilisierungsmaßnahmen hätte eine Entscheidung wie jetzt in Griechenland enorme Eruptionen auslösen können.

Für Europa ist dies eine traurige Situation. Aber Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble hat Recht, wenn er darauf verweist, nicht das Einhalten von Regeln gefährdet Europa, sondern Europa kommt in höchste Schwierigkeiten, wenn Regeln nicht mehr gelten.

Haushaltspolitik bleibt auf Kurs

Das Kabinett hat in dieser Woche die Entwürfe für den Bundeshaushalt 2016 und für den Finanzplan für 2015 bis 2019 beschlossen. **Die „schwarze Null“ von 2014 und 2015, also der ausgeglichene Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung, wird damit auch in den Jahren 2016 bis 2019 ohne Wenn und Aber fortgeschrieben.** Mit dem Kabinettsbeschluss setzt die Bundesregierung starke Signale, die sich nahtlos in unsere Strategie des Wachstums auf der Basis solider Staatsfinanzen einfügen.



(© Andreas Hermsdorf/pixelio.de)

Die Ausgaben des Bundes sollen im kommenden Jahr um 10,5 auf 312 Milliarden Euro angehoben werden. Dies wird möglich durch weiter steigende Steuereinnahmen. Die Akzente bei den Ausgaben liegen auf der Umsetzung des Zehn-Milliarden-Euro-Pakets für wichtige Zukunftsinvestitionen sowie der Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit und der inneren Sicherheit. Vollständig berücksichtigt sind auch die steuerlichen Entlastungen von über 5 Milliarden Euro durch die Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes, des Kinderzuschlags, des Alleinerziehendenfreibetrags und der Milderung der kalten Progression durch Verschiebung der Tarifgrenzen.

Mögliche Ausfälle aus den Hilfskrediten für Griechenland brauchen weder im Haushalt 2016 noch im anstehenden Finanzplanungszeitraum eingeplant zu werden, da die Tilgung ohnehin erst für die Jahre 2020 bis 2057 vorgesehen ist.

Aktuelles aus dem Plenum

In unserem in dieser Sitzungswoche beratenen **Antrag „Transparenzinitiative der Europäischen Kommission mitgestalten – Bewährte Standards im Handwerk und in den Freien Berufen erhalten“** bekennen wir uns ausdrücklich zu den Freien Berufen und zum Handwerk als wichtige Säulen des selbständigen Mittelstands und der Gesellschaft. Diese stehen mit ihrer Vielfalt an beruflichen Tätigkeiten für eine Kultur von Unternehmertum, gesellschaftlicher Verantwortung und Leistungsbereitschaft, für Innovation und Wachstum sowie für Arbeits- und Ausbildungsplätze. Vor allem sind die Produkte und Dienstleistungen ein Ausdruck hoher Qualitätsstandards und tragen ganz wesentlich zur Wirtschaftskraft Deutschlands bei. Ziel unseres Antrags ist es, die hohen Qualitätsstandards bei Freien Berufen und im Handwerk in dem sich ständig verschärfenden Wettbewerb als strukturellen Vorteil zu bewahren.



(© Paul-Georg Meister/pixelio.de)



(© Dieter Schneider/pixelio.de)

Ebenso beraten haben wir einen Antrag, den wir bezüglich der **weltweiten Lage der Religions- und Glaubensfreiheit** in der letzten Sitzungswoche gemeinsam mit unserem Koalitionspartner und den Grünen eingebracht hatten. Wir fordern darin die Bundesregierung auf, bis zum 30. Juni 2016 einen Bericht vorzulegen, in dem der Stand der Religions- und Glaubensfreiheit

weltweit beschrieben wird. Dabei sollen sowohl die Situation der Religions- und Glaubensfreiheit in den Staaten als auch die politischen Bemühungen Deutschlands zur Verhinderung von Verletzungen dieses Menschenrechts dargestellt werden.

Daten und Fakten

Innovationsbedingungen in Deutschland verbessern sich. Im Vergleich mit 27 anderen OECD-Staaten erreicht Deutschland derzeit bei den Innovationsbedingungen den vierten Platz und positioniert sich damit zwei Plätze besser als vor drei Jahren. Die besten Innovationsbedingungen liegen in Finnland vor, gefolgt von der Schweiz und Südkorea. Im Teilbereich „innovationsrelevante Arbeitskräfte“ haben sich die Bedingungen in Deutschland verbessert, unter anderem durch einen steigenden Anteil an Hochschulabsolventen an den Erwerbstätigen und einen höheren MINT-Anteil bei den Hochschulabsolventen und Promovierten. Bei der Durchlässigkeit des Bildungssystems gab es ebenfalls Fortschritte. Ausbaufähig ist Deutschlands Position bei den Rahmenbedingungen zur Umsetzung neuer Ideen und bei der Nutzung der Fachkräftepotenziale. Insbesondere der demografische Wandel wird von den Autoren der Studie als Herausforderung für die künftigen Innovationsbedingungen in Deutschland identifiziert.

(Quelle: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft)

Kinder gehen früh online. Die Internetnutzung im Kindesalter wird immer selbstverständlicher: 55 Prozent der Achtjährigen sind regelmäßig online, bei den Sechsjährigen sind es 28 Prozent. Sogar bei den Dreijährigen nutzt jedes zehnte Kind das Internet – statt über Lese- und Schreibkenntnisse erfolgt der Aufruf von Webseiten in diesem Alter teilweise über das Erkennen von Symbolen. Das Einkommen der Eltern hat nur einen geringen Einfluss auf die digitale Ausstattung von Kindern und ihre technischen Zugangsmöglichkeiten zu digitalen Medien. Größere Auswirkungen haben die Sicherheit und Selbstverständlichkeit, mit der die Eltern im Netz unterwegs sind: Während sich 53 Prozent der Sechs- bis Achtjährigen mit digital souveränen Eltern im Internet aktiv betätigen, sind lediglich 20 Prozent der Kinder internetferner, verunsicherter Eltern online. Insgesamt verbieten 67 Prozent der Eltern Drei- bis Achtjähriger ihren Kindern, ins Internet zu gehen. Gleichzeitig sieht die deutliche Mehrheit von 65 Prozent die Chancen digitaler Medien für den Nachwuchs. Die meisten sechs- bis achtjährigen Kinder spielen im Netz am liebsten Spiele (89 Prozent) oder schauen Fotos und Filme (75 Prozent). Die Recherche von Informationen (69 Prozent) erlangt dabei mit steigendem Alter eine immer höhere Bedeutung – insbesondere im Rahmen der schulischen Bildung.

(Quelle: Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet)

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – Manfred Nuding/pixelio.de
Seite 3 – Andreas Hermsdorf/pixelio.de
Seite 4 – Paul-Georg Meister/pixelio.de (oben)
Dieter Schneider/pixelio.de (unten)